

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD

Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vor wenigen Monaten sprach sich der bayerische Innenminister für eine zeitweilige Aussetzung der mit dem Schengen-Abkommen verbundenen Reisefreiheit für Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien aus. Asylbewerber aus den beiden Ländern hätten es „ausschließlich auf die Sozialleistungen abgesehen.“ Dem Spiegel zufolge erhebt nun auch der Deutsche Städtetag warnend seine Stimme. „Die soziale Balance und der soziale Friede“ seien „in höchstem Maße gefährdet“, heißt es in einem dem Magazin vorliegenden „internen Papier“. Den Kommunen entstünden durch die Zuwanderung „erhebliche Kosten“ für Notunterkünfte, medizinische Versorgung und soziale Leistungen.

1. Wie entwickelte sich die Zahl der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien nach Mecklenburg-Vorpommern seit 2006 (bitte in Jahresheften angeben und nach den beiden Staaten differenzieren)?

Auf die nachfolgende Übersicht wird verwiesen. Dabei handelt es sich um Angaben des Ausländerzentralregisters.

Einreisejahr	Bulgarien	Rumänien
2006	31	58
2007	48	78
2008	74	133
2009	95	106
2010	77	137
2011	190	270
2012	334	525

Der Minister für Inneres und Sport hat namens der Landesregierung die Kleine Anfrage mit Schreiben vom 22. März 2013 beantwortet.

2. Mit welchen Kosten schlug die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien seit 2006 für das Land Mecklenburg-Vorpommern zu Buche (bitte in Jahresscheiben angeben und jeweils nach Kostenstellen differenzieren)?

Hierzu liegen der Landesregierung keine Angaben vor.

3. Inwieweit hatte die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Mecklenburg-Vorpommern Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung im Land (bitte die Entwicklung seit 2006 jährlich nach erfassten Fallzahlen und Deliktsbereichen darstellen sowie nach den beiden Staaten differenzieren)?

Eine Differenzierung der durch rumänische beziehungsweise bulgarische Tatverdächtige begangenen Straftaten ist erst ab dem Jahr 2008 möglich. Die Entwicklung stellt sich ab diesem Jahr wie folgt dar:

Anzahl aufgeklärte Fälle	mit rumänischen Tatverdächtigen				
	2008	2009	2010	2011	2012
Straftaten gegen das Leben	0	0	0	0	0
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	2	0	1	0	1
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	19	7	4	10	14
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	17	17	19	32	59
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	13	2	8	9	17
Vermögens- und Fälschungsdelikte	25	17	69	124	97
Sonstige Straftatbestände (StGB)	13	4	10	10	11
Strafrechtliche Nebengesetze	0	2	2	5	3
Straftaten gesamt	89	49	113	190	202

Anzahl aufgeklärte Fälle	mit bulgarischen Tatverdächtigen				
	2008	2009	2010	2011	2012
Straftaten gegen das Leben	0	0	0	0	0
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	2	1	14	1	6
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	3	2	7	3	14
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	2	6	7	7	10
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	0	0	14	7	4
Vermögens- und Fälschungsdelikte	2	9	13	15	46
Sonstige Straftatbestände (StGB)	5	6	8	15	7
Strafrechtliche Nebengesetze	1	3	4	2	6
Straftaten gesamt	15	27	67	50	93

4. Inwieweit teilt die Landesregierung die im Vortext erwähnten Sorgen des Deutschen Städtetages wegen der Armutseinwanderung aus Bulgarien und Rumänien?

Die Besorgnis des Deutschen Städtetages wird ernst genommen.